

Herausgeber

Prof. Dr. **Michael Brzoska**,
Institut für Friedensforschung
und Sicherheitspolitik an der
Universität Hamburg (IFSH)

Dr. **Walter E. Feichtinger**,
Landesverteidigungsakademie,
Institut für Friedenssicherung
und Konfliktmanagement, Wien

Dr. **Volker Franke**, Kennesaw
State University, Kennesaw,
Georgia (USA)

Prof. Dr. **Hans J. Giessmann**,
Executive Director der Berghof
Foundation, Berlin

Prof. Dr. **Heiner Hänggi**,
Genfer Zentrum für die
demokratische Kontrolle der
Streitkräfte (DCAF), Genf

Dr. **Sabine Jaberg**, Führungs-
akademie der Bundeswehr,
Hamburg

Dr. **Axel Krohn**, Führungs-
akademie der Bundeswehr,
Hamburg

Dr. **Patricia Schneider**, IFSH

Schriftleitung

Prof. Dr. **Michael Brzoska**

Redaktion

Dr. **Martin Kahl** (V.i.S.d.P.), IFSH
Dr. **Regina Heller**

Dr. **Sybille Reinke de Buitrago**
Susanne Bund

Beirat

Prof. Dr. **Alyson J.K. Bailes**,
University of Iceland, Reykjavik

Dr. **Detlef Bald**, München

Prof. Dr. **Susanne Buckley-**
Zistel, Universität Marburg

Alain Deletroz, Vizepräsident
International Crisis Group

Prof. Dr. **Pál Dunay**, Genfer Zen-
trum für Sicherheitspolitik (GCSP)

Prof. Dr. **Susanne Feske**,
Universität Münster

Prof. Dr. **Heinz Gärtner**,
Universität Wien

Prof. Dr. **Laurent Götschel**,
Universität Basel

Prof. Dr. **Anton Grizold**,
Universität Ljubljana

PD Dr. **Hans-Joachim Heintze**,
Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. **Charles A. Kup-**
chan, Georgetown University,
Washington, D.C.

Dr. **Jocelyn Mawdsley**,
Newcastle University

Dr. **Anja Seibert-Fohr**,
MPI Heidelberg

Dr. **Marianne Wade**,
MPI Freiburg

THEMENSCHWERPUNKT

Pazifismus oder Ethik als soziale Bewegung

Gertrud Brücher*

Abstract: In the course of the levelling of modern distinction, society loses central categories of monitoring and evaluation. The supposedly modern thinking manifests itself as mere transitional semantic. These semantics do not show which peace-ethical aspects are compliant with a fully developed functional pattern of differentiation. Augustinus determines peace (as tranquility of order) in its significance for a hierarchical society as well as Kant with his idea of legal concord outlines the time of transition from hierarchic to functional differentiation. These peace concepts clearly show us what is missing today: a peace ethics that is corresponding to a functional differentiated world society. Since preferable ethics cannot base itself on a definition of peace that stands for a democratically legitimated power, pacifism as a peace movement has become obsolete. In conclusion, pacifism as countervailing power is suspended, but as ethics it is pioneering.

Keywords: Pacifism, ethics, war, peace

Pazifismus, Ethik, Krieg, Frieden

1. Einleitung

In diesem Beitrag wird es um Fragen der Typologie und der Funktion des Pazifismus gehen, nicht um Fragen bevorzugter Wirkungen. Ein solcher Fokus umgeht den üblichen Konsequentialismus, wie er sich bei allen abendländischen Spielarten des Pazifismus findet. Gemeint ist damit eine philosophische Orientierung, die in den Wirkungen des Handelns das entscheidende Kriterium ethischer Bewertung ausmacht. Abgelehnt wird die Institution

Krieg demnach als eine in ihren Konsequenzen höchst problematische Methode des Konfliktaustrags, von dem überdies angenommen wird, er lasse sich durch funktional äquivalente nichtgewaltsame Methoden ersetzen.

In diesem Punkt kommt der Widerspruch heute mitunter wieder von Seiten eines Bellizismus, der in kriegsbedingten gesellschaftlichen Umwälzungen ein Moment des historischen Fortschritts erblickt. Kriege und Bürgerkriege erscheinen hier als Ausscheidungskämpfe auf dem langen Weg zum finalen Frieden stiftenden Weltgewaltmonopol, zur Weltzivilgesellschaft und zur Weltbürgerrechtsgesellschaft. Häufiger noch kommt der Einspruch jedoch von einer Position, die zivil-mi-

* Dr. Gertrud Brücher ist Privatdozentin am Philosophischen Institut und am Zentrum für Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg.

litärische Interventionen als unvermeidliche Reaktionen auf globale Herausforderungen durch jenen Teil der Welt deutet, der in Krieg und Elend versinkt. Der öffentliche Diskurs folgt einer scheinbar klaren Logik: Nicht nur gehe es darum, unsere Werte zu verteidigen, die durch Völker- und Massenmord in Frage gestellt werden. Zudem lässt der Verweis auf Sicherheitsinteressen und Bündnispflichten militärische Interventionen als einzig denkbare Alternative zu einer passiven Haltung erscheinen, die den globalen Gefahren von Terrorismus, Migration, Rohstoffknappheit, bedrohten Absatzmärkten oder Verkehrswegen nicht ins Auge zu sehen wagt.

Wir verlassen in der vorliegenden Abhandlung diesen Pfad konsequenzialistischer Kontroversen aus zwei Gründen: Der erste Grund ist formallogischer Art und kommt aus der Moralphilosophie; der zweite ergibt sich aus einer Entwicklung des militärischen Subsystems, das sowohl bisheriges Ultima-Ratio-Denken als auch Abwägungen bei der Mittelwahl für obsolet erklärt. Die Auseinandersetzung mit diesen beiden Gründen, vom konsequenzialistischen Diskurs der Vergangenheit Abstand zu nehmen, wird nicht den Schluss nahe legen, dass sich der Pazifismus als Thema schlicht überlebt habe. Vielmehr kann erst jetzt die tiefere historisch-gesellschaftliche Bedeutung und im Anschluss daran der Sinn verschiedener, sich mitunter heftig bekämpfender Spielarten des Pazifismus sichtbar werden. Diese kristallisieren sich entlang von Leitunterscheidungen heraus. Hier zeichnet sich jedoch zunehmend eine Entwicklung ab, in deren Folge die Orientierungsleistung dichotomer Schemata wie Zweck und Mittel, Theorie und Praxis oder Strategie und Ziel schwindet. Es sind gesellschaftsstrukturelle Veränderungen, die diese Semantik der klassischen Moderne unplausibel werden lassen. Erst auf der Basis solcher Deplausibilisierungen haben erkenntnistheoretisch-moralphilosophische Einwände gegen den sicherheitspolitischen Diskurs eine Chance, Gehör zu finden.

Der Gedankengang dieses Beitrags lässt sich wie folgt kurz skizzieren: Philosophie weist die logisch-erkenntnistheoretische Unhaltbarkeit des utilitaristisch-konsequenzialistischen Denkens auf. Politik und Militär führen das Irrelevantwerden dieses Denkens in Legitimationsrhetoriken und strategischen Doktrinen vor Augen. Und schließlich räumt die Friedensbewegung als kritische pazifistische Öffentlichkeit jeden Zweifel an der Obsoleszenz des ‚modernen‘ Zweckrationalismus aus, indem sie den nivellierenden Denkstil übernimmt und als pazifistisch deklariert. Nachdem Frieden Krieg ist und Bellizismus Pazifismus, kann ein wahrhafter Gegendiskurs erst ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Dieser kommt von Seiten eines paradoxen Pazifismus, der von Beginn an abendländisches utilitaristisch-konsequenzialistisches Denken als Sackgasse betrachtet hatte. Unterstützt wird diese neue Aufmerksamkeit durch eine Systemtheorie, die in Analysen zum Verhältnis von Gesellschaftsstruktur und Semantik nachweist, dass dieses Denken Signum einer Übergangsemantik vom hierarchischen zum funktionalen Differenzierungsprinzip ist. Die Arbeit an einer für die moderne Gesellschaft angemessenen Ethik, die Kriterien für den Umgang mit Leben und Tod bereitstellen könnte, steht noch aus.

2. Erkenntnistheoretische und militärstrategische Einwände gegen den Legitimitätsdiskurs der klassischen Moderne

Olaf L. Müller (2006, 2007) führt in Auseinandersetzung mit einem utilitaristischen Denken, das öffentlichkeitswirksame Diskurse bestimmt, den Nachweis, dass es keineswegs Tatsachen sind, die den Anspruch auf Effizienz und Erfolg der jeweils propagierten Konfliktlösungsmethoden bestätigen oder widerlegen. Nur in Unkenntnis des modaltheoretischen Status der Aussage können *Wenn-Dann-Behauptungen* Überzeugungskraft gewinnen: ‚Wenn der Westen Jugoslawien nicht bombardiert hätte, dann wären mehr Kosovo-Albaner ums Leben gekommen‘. Gleiches gilt für die Gegenposition: ‚Wenn der Westen Jugoslawien nicht bombardiert hätte, dann hätte es weniger Tote gegeben‘. Zu einem belastbaren Urteil gelangt weder die interventionistische noch die pazifistische Sichtweise, weil die von beiden Seiten angeführten ‚Fakten‘ in Wahrheit *kontrafaktische Konditionale* sind. Aufgrund ihres fiktionalen Charakters lassen sie sich weder bestätigen noch widerlegen. Diese Nicht-falsifizierbarkeit diskreditiert den Typus konsequenzialistischen Argumentierens. Damit bringt die erkenntnistheoretische Analyse der jeweiligen Begründungsmuster die Pazifismus-Bellizismus-Kontroverse auch um ihren Gegenstand. Dennoch mögen zählbare Diskursstrukturen davon völlig unberührt bleiben, solange sich solche Deplausibilisierungen auf philosophische Expertenzirkel beschränken und nicht von Entwicklungen in anderen gesellschaftlichen Subsystemen flankiert werden. Davon kann allerdings nicht mehr die Rede sein, seitdem sich politisch-militärische Legitimationsstrategien für den Gewaltmitteleinsatz auf die rechts- und wissenschaftsentlasteten Formeln des Vorgriffs (auf weltinnenpolitische Zustände) und des Vorausreagierens (auf potenzielle Gefahren) stützen. Jedwede Mittelwahl verliert jetzt als mögliche Ursache zu bewirkender Zwecke ihre rationale, ethisch-moralische und rechtliche Dimension, weil die Bewertungsgrundlage solcher Relationen in eine Zukunft verlagert ist, über die heute keine verlässlichen Aussagen gemacht werden können. Damit verlieren Normmodell (Recht-Unrecht) und Rationalmodell (Erfolg-Misserfolg) ihre Funktion, Entscheidungen in unübersichtlichen und komplexen Lagen möglich zu machen.

Welches aber sind die Entscheidungskriterien für Militärinterventionen, wenn gegenwartsbezogene durch antizipatorisch-projektive Richtlinien ersetzt werden? Aus der Warte einer gegenwärtigen Zukunft, die bloßes Konstrukt von Wahrscheinlichkeitskalkülen ist, verlieren die Kriterien des *unmittelbar Drohenden*, der *Ultima Ratio* und der *Verhältnismäßigkeit* ihre Funktion eines begrenzenden Korrektivs für Einsatzplanungen. Ein solches am Gewaltverbot der Vereinten Nationen ausgerichtetes und auf den Verteidigungsfall begrenztes militärisches Instrumentarium wird heute bereits als Ausdruck einer Mentalität ridikülisiert, die dem Militär die beschränkte Funktion eines „Wach- und Schießdienstes“ zumute, wo es doch heute für die NATO darum gehe, „Expeditionsstreitkräfte für Einsätze jenseits des Bündnisgebietes“ auszubilden.¹ Die Einhaltung der genannten Restriktionen des *ius ad bellum* tritt in den Hinter-

1 Siehe typisch den Beitrag von Vizeadmiral a.D. Michael Rühle, „Die drei Herausforderungen der Nato“, in: FAZ 09.03.2013, Nr. 58, S. 10.

grund zugunsten einer Bekämpfung *globaler Sicherheitsrisiken*. Zu diesen zählen gescheiterte Staaten, die als *causa recta* selbst für den Fall nicht angezweifelt werden, dass dieser Zustand erst als Folge der Militärintervention eingetreten ist (z.B. Afghanistan).² Auch bei der militärisch vorzubeugenden *Proliferation* von Massenvernichtungswaffen fällt demnach nicht ins Gewicht, dass die Aufkündigung der zentralen Maximen der UN-Charta – Gewaltverbot und Verbot der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten – durch eine *Koalition der Willigen* atomare Begehrlichkeiten anderer Länder potenzieren müssen. Denn allein Nuklearbewaffnung scheint vor Militärinterventionen noch zu schützen. Und schließlich stellt die dritte *causa* drohender Cyberangriffe sogar dann kein Argument gegen den Paradigmenwechsel von einem defensiven zu einem offensiven Sicherheitskonzept dar, wenn der erste schulemachende Einsatz (Stuxnet-Virus) von den USA lanciert wurde, um dann als strategisches Konzept der Cyberkriegführung den Status einer neuen Doktrin zu erhalten.

Sofern *Illegalität* und *Ineffizienz* als militärkritische Argumente nicht mehr greifen, sind auch langjährige Bemühungen um eine ethische und rechtliche Konditionierung des Militärischen, wie sie etwa dem Konzept des *Staatsbürgers in Uniform* zugrunde liegt, zunichte. Aus diesem Grund dringt die Pazifismus-Bellizismus-Kontroverse zumindest in Deutschland ins Innerste des militärischen Subsystems ein, das um seine Funktion der Stiftung und Bewahrung des Friedens gebracht ist. Diese Funktion basiert auf dem *Proportionalitätsprinzip*, also dem Grundsatz verhältnismäßiger Mittelwahl: Das Militär kann seinem Auftrag nur nachkommen, wenn die von ihm mobilisierte Gewalt vom Verbrechen unterscheidbar bleibt (Legalität) und nicht zur Eskalation prädestiniert ist (Effizienz). Auch die *Immunitätsregel*, die Verpflichtung zur Schonung von Nichtkombattanten, gehört zu den Bedingungen möglicher Funktionserfüllung, weil anderenfalls der Krieg erneut dem Verbrechen gefährlich nahe rückt.³

Wie aber lassen sich diese gleichsam selbstverständlichen Konditionen gesellschaftsstrukturell absichern? Die Antwort auf diese Frage offenbart ein Dilemma: Denn das moderne funktional differenzierte Gesellschaftssystem kennt keine Hierarchie, keinen funktionellen Primat. Weder liefert der Rechtscode (Recht/Unrecht) Maßstäbe für ein gesamtgesellschaftlich gültiges Gutes (Legalität plus Legitimität), noch sichert der Wissenschaftscode (wahr/unwahr) verbindliche Kriterien rationalen Entscheidens (Effizienz plus Nachhaltigkeit). Da sich die moderne Gesellschaft als ein System funktionaler Differenzierung dadurch herausbildet, dass sie allgemeine Moralvorstellungen durch Funktionscodes ersetzt, bleibt das Verhältnis der Subsysteme zueinander von meinungsklimatischen Faktoren abhängig.⁴ Jedenfalls sind die von der klassischen

Moderne vorgesehenen metamoralischen Regeln der transzendentalphilosophischen Tradition (moralisches Gesetz) und der utilitaristischen Tradition (Nutzen) einer Denkfigur gewichen, die den Primat als Idee und Prinzip grundsätzlich in Frage stellt. Es handelt sich dabei um den Begriff der *Emanzipation*: Diese lässt den Prozess der Entmoralisierung⁵ als Chance zur *Selbstverwirklichung* wieder positiv werten. Auf dem Weg von der Metanorm zum intrinsischen Wert gerät der Adressat des Anspruchs auf Selbstverwirklichung ganz aus dem Blick. Das formalisierte Selbst kann sein konstitutives Prinzip der *Rekursion* auf beide Sinnsysteme beziehen, auf das personale (Individuum) ebenso wie auf das soziale System (Funktionssystem). Autonomie ist jetzt verstanden als *Autopoiesis* im Sinne eines sich selbst reproduzierenden Systems.⁶

Unter den Bedingungen funktionaler Differenzierung verlieren systemexterne Kriterien der Mittelwahl jede Autorität, seien es Kriterien der Tradition, anderer Subsysteme oder sozialer Bewegungen. Das sach- und fachgerechte Urteil bleibt den jeweiligen Experten vorbehalten: Angesichts der Tatsache, dass Recht und Wissenschaft der militärischen Einsatzplanung nur noch mit Legitimitätsrhetorik zur Seite stehen, aber keine gesamtgesellschaftlich akzeptierten Entscheidungskriterien mehr bereitstellen, richten sich erneut Hoffnungen auf die Ethik.⁷ Bezogen auf den von US-Präsident Barack Obama ausgeweiteten Drohnenkrieg wird in Militärkreisen jedoch der Logik des militärischen Subsystems entsprechend darauf hingewiesen, dass über Prioritäten und Maßgaben für künftige Einsätze nicht entlang einer utilitaristischen Ethik diskutiert werde. Entscheidungen über außerlegale Tötungen nach *kill lists* könnten aus dem Grund nicht nach dem größtmöglichen Nutzen für die meisten Menschen gefällt werden. „Die Art der Abwägung wäre schlicht inkompatibel mit dem Ziel, eine größtmögliche Flexibilität bei der Definition von Missionszielen für die tödlichen Maschinen zu erhalten. Die Militärforscher setzen vielmehr auf eine spezielle Ethik, bei der formal spezifizierte Verbote und Genehmigungen für einzelne Handlungen logisch kombiniert werden. Die Kriegerroboter sollen sich analog zu den heutigen ‚Rules of Engagement‘ verhalten, wie sie in Kriegen an westliche Soldaten ausgegeben werden, um zu regeln, wann und unter welchen Umständen Waffengewalt eingesetzt werden darf.“ (Rieger 2013: 3).

Der Begriff *Ethik* findet in diesem Zusammenhang für schlichte Einsatzregeln analog den *field manuals* der Soldaten Verwendung. Sollte aber der Drohnenkrieg infolge außerlegaler Tötungen im rechts- und moralfreien Raum stattfinden, dann haben wir es mit einer schleichenden Entdifferenzierung von Krieg und Verbrechen zu tun.⁸ Und sind Angriffe von hoch-

2 Siehe dazu Seifert (2011) und die Beiträge in Becker/Wulf (2008, 2010).

3 Nach Alexander B. Downes (2008) neigen gerade Demokratien dazu, die feindliche Bevölkerung zum militärischen Ziel zu wählen und dies als ‚Kollateralschaden‘ zu beschönigen. Die ‚dunkle Seite‘ der Demokratie resultiere aus dem Spannungsverhältnis zwischen Selbstbehauptungswille und Verpflichtung auf das humanitäre Völkerrecht. Für eigene Misserfolge müsse die feindliche Zivilbevölkerung büßen, die sich illoyal verhalte.

4 Der zentrale Begriff der Integration muss durch die Unterscheidung von Autopoiesis (Selbstreproduktion der Subsysteme) und strukturelle Koppelung (wechselseitige Abhängigkeit) ersetzt werden (Luhmann 1997: 778). Die verlorene Einheitsperspektive wird durch wechselnde Identitätskonstrukte kompensiert.

5 So bezeichnet ist dieser Prozess nicht aus der Perspektive einer Metanorm, sondern einer Gesellschaft, die zwecks Rationalisierung zunächst Politik (Absolutismus), dann Wirtschaft (Liberalismus), Recht (Positivismus) und Wissenschaft (Empirismus) von den Ge- und Verboten des biblischen Dekalogs befreit. Siehe dazu die vierbändige Studie Luhmanns zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft „Gesellschaftsstruktur und Semantik“.

6 Zum theoretischen Hintergrund siehe Luhmann (1984). Am Kosovo-Krieg hat Jürgen Link (1999) die Ausdifferenzierung des Militärs zum autopoietischen System herausgearbeitet.

7 Die Philosophie sucht diese Erwartung mit der Gründung einer Subdisziplin „Politische Philosophie der internationalen Beziehungen“ zu erfüllen. Siehe dazu Chwaszcza/Kersting (1998).

8 Zur Debatte über das an die Öffentlichkeit gelangte geheime US-amerikanische Memorandum siehe Matthias Rüb „Gummilizenz zum Töten“, in: FAZ 08.02.2013, Nr. 33, S. 3.

entwickelten Killerdrohnen in absehbarer Zeit nicht mehr auf einen Aggressor zurechenbar,⁹ dann werden Angriff und Verteidigung faktisch ununterscheidbar. Nicht attribuierbare Entscheidungen aber verwandeln sich in ein rekursives Moment selbstreproduktiver Systemoperationen, die in letzter Konsequenz zum autopoietischen Weltkrieg führen. Mit Cyber- und Drohnenkriegführung werden folglich Unterscheidungen obsolet, die der klassischen Moderne dazu gedient hatten, den Einsatz des Militärs strikt zu konditionieren.

Diese Entwicklung korrespondiert mit einer weiteren Tendenz zur Entdifferenzierung: Die Unterscheidbarkeit von ‚Spiel‘ und ‚Ernst‘ verschwimmt infolge einer engen Zusammenarbeit von Militär und Unterhaltungsindustrie. Die Vereinigten Staaten übernehmen hier eine Vorreiterrolle bei der Erschließung neuer Motivationsquellen für Kampfeinsätze durch so genannte *Gamifikation*, die Anwendung von Spieledesignprinzipien auf spielfremde Prozesse. So lässt sich eine in postheroischen Gesellschaften verlorene Kampfmoral durch Freude am Spiel kompensieren. Man könnte in diesem historischen Stadium mit Rüdiger Bittner (2003: 48) von einer „Militarisierung der Politik“ sprechen und zwar im Sinne einer Umkehrung der historischen Errungenschaft der „Entmilitarisierung durch Recht“. Der im willkürlich erschlossenen rechtsfreien Raum operierende Antiterrorkrieg, der außerlegale Tötungen durchführt, korrespondiert mit einer entrechtlichten Politik. Diese nimmt für sich all jene ‚Rechte‘ zum Rechtsverstoß in Anspruch, die sie ihren Feinden aberkennt. Infolge machtpolitischer Asymmetrien entsteht nach Bittner eine zur Eskalation prädestinierte Dynamik von Übermacht und Terror.¹⁰

3. Typologie des Pazifismus

In die grobe Skizze einer fortschreitenden Entdifferenzierung lassen sich typologische Unterschiede des pazifistischen Diskurses einzeichnen.¹¹ Der Pazifismus ist gewissermaßen das Medium, in dem sich solche Prozesse artikulieren, ist er selbst doch nichts anderes als die zur Bewegung mutierte Friedensfrage. Theologie und Philosophie haben diesbezügliche Problemstellung und Problemlösung in der Neuzeit an die Politik abtreten müssen mit dem Ergebnis, dass der Friede letztlich zur Machtfrage, zur Frage konkurrierender Ideologien wird. Es kommt folglich zu einer Marginalisierung der Mittelwahl und einer Akzentuierung politisch gefasster Zwecke: Frieden im ursprünglichen Sinne des *Frieden Haltens* und des *friedlich Seins*, der das Gewicht auf ein Unterlassen gewaltsamer Problemlösungsmethoden legt, weicht einem interventionistischen Verständnis. Dieses ist auf die *Herstellung* vermeintlich friedensförmiger gesellschaftlicher Strukturen fokussiert. Ein funktioneller Primat des politischen Systems ist unter diesen Bedingungen unverzichtbar und mithin die unhinterfragte

Vorentscheidung für einen Primat des *Frieden Machens* gegenüber dem *friedlich Sein*. Weder das Zurücktreten des *Verhaltens* gegenüber dem *Handeln* noch die Vorstellung davon, was es zu machen gilt, wenn es um den Frieden geht, haben je zu einem gesamtgesellschaftlichen Konsens geführt. Der Pazifismus bringt als wertethische Haltung und als soziale Bewegung einen tiefen Zweifel an der Friedensstiftungsfunktion des staatlichen Gewaltmonopols, heute am Primat des atomar gerüsteten politischen Systems, zum Ausdruck. Politische Macht gilt es durch Religions-, Wissenschafts-, Erziehungs- und Rechtssystem in Schranken zu weisen.

3.1 Klassisch-moderne Spielarten des Pazifismus

Zwei klassisch-moderne Spielarten des Pazifismus ringen um den Funktionssystemprimat. Wird die Entmoralisierung des Politischen, die Befreiung vom religiösen Tötungs- bzw. vom transzendentalphilosophischen Instrumentalisierungsverbot¹² überhaupt abgelehnt, so ist vielfach die Rede vom *radikalen*, vom *konsequenten* oder vom *Mittelpazifismus*. Herrscht hingegen eher die Überzeugung vor, dass es eine Herrschaftsform gibt, in der Gewalt und Krieg letztlich ausgeschlossen sind, dann können alle im Namen des Friedenszwecks verwendeten Mittel im Prinzip als legitim erachtet werden. Für diesen Typus findet man Bezeichnungen wie *gemäßigter* oder *organisatorischer Pazifismus*, aber auch *Rechts-* oder *Zielpazifismus*.

Wir können diese beiden Varianten einer klassischen Moderne zuordnen, weil sie sich mit den Konsequenzen des epochalen Wandels vom hierarchischen zum funktional differenzierten Gesellschaftssystem für Krieg und Frieden befassen. Sie problematisieren die Identität von Frieden und Macht, wobei der erste Typus des *radikalen Pazifismus* bereits in diesem semantischen Arrangement eine Gewaltneigung vermutet und folglich an der ethisch-moralischen Rückbindung des Friedens festhalten will. Der zweite Typus des *gemäßigten Pazifismus* hält die Gleichsetzung von Frieden und Macht nur dann für bedenklich, wenn das staatliche Gewaltmonopol unzureichend in demokratische Strukturen eingebunden ist.

Wenn auch für diese beiden Spielarten des Pazifismus die Krieg-Frieden-Problematik zentral ist, so gibt es doch gravierende Differenzen in Bezug auf die adäquate Leitunterscheidung, mit der diese Problematik beobachtet und bewertet werden soll. Das Zweck-Mittel-Schema ist nur für den ersten Typus bestimmend, der um die Frage der verhältnismäßigen Mittelwahl kreist und dabei zu dem Urteil gelangt, dass moderne exterministisch disponierte Kriege das Proportionalitätsgebot nicht mehr erfüllen können. Das kardinale Problem ist folglich *Krieg* als eine Institution, die unter den modernen industriell-technischen Bedingungen stets irrational ist.

Für den zweiten Typus erweist sich das Verhältnis von Zweck und Mittel als sekundär, denn dieser meint eine Gesellschaftsform zu kennen, in der das Proportionalitätsprinzip aus struk-

9 So die Analyse im wissenschaftlichen Roman von Daniel Suarez „Kill Decision“ (2013).

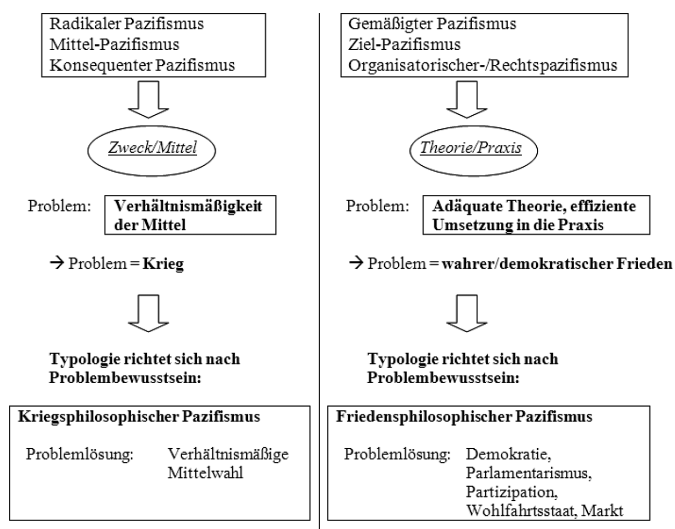
10 Die Erweiterung des Bedrohungsspektrums und des Aufgabenkatalogs der Bundeswehr, wie sie in dem Bericht der Strukturkommission der Bundeswehr „Vom Einsatz her denken. Konzentration, Flexibilität, Effizienz“ (S. 18) vorgesehen ist, folgt mit der Figur einer „volatile[n] sicherheitspolitische[n] Welt“ dem Grundsatz der „Einsatzfähigkeit, ohne die möglichen Einsatzszenarien zu kennen“. Siehe dazu Sabine Jaberg (2011: 9)

11 Siehe zum folgenden Brücher (2008).

12 Siehe Immanuel Kant (1968: 429, 10-12) „Handle so, dass du die Menschheit sowohl in deiner Person, als auch in der Person eines jeden anderen jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst.“

turellen Gründen stets gewahrt bleibt.¹³ Weil die guten Zwecke bekannt seien, komme es eher auf ihre richtige theoretische Konzeptionalisierung und deren Umsetzung in die Praxis an. Die orientierungsleitende Unterscheidung von Zweck und Mittel wird deshalb durch die Unterscheidung von Theorie und Praxis ersetzt. Das zu lösende zentrale Problem lautet folglich nicht *Krieg*, sondern Verwirklichung des wahren, durch Demokratie ermöglichten *Friedens*.

Wenn man die die beiden Ansätze nach ihrem Problembewusstsein typologisiert, dann drängt sich die Unterscheidung von kriegsphilosophischem und friedensphilosophischem Pazifismus geradezu auf.¹⁴ Als Attribut wählen wir hier den Begriff des Philosophischen und nicht des Wissenschaftlichen, weil die Quelle, aus der die Positionen schöpfen, moralphilosophischer Art ist. Sie ist einmal christlich bzw. transzendentalphilosophisch bestimmt, das andere Mal regelutilitaristisch geprägt. Das folgende Schema zeigt die entscheidenden Differenzpunkte, aber auch die gemeinsame Klammer des modernen Rationalismus.



Von den Ansätzen der klassischen Moderne müssen wir einen Typus unterscheiden, für den all die Probleme in den Hintergrund getreten sind, mit der sich eine Gesellschaft befassen müsste, die sich im Übergang von stratifikatorischer (geschichteter) zu funktionaler Differenzierung befindet. Globalisierungsprozesse haben heute zur Vollendung des funktionalen Differenzierungsprinzips und damit zur lückenlosen Substitution des Moral- durch die Funktionscodes von Politik, Militär, Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft und Recht geführt. Die idealisierende Begrifflichkeit der klassischen Moderne zeigt sich jetzt als bloße Übergangsemantik, die noch nicht in der Lage sein konnte, eine den neuen gesellschaftsstrukturellen Bedingungen angemessene Ethik zu formulieren. Es kommt in dieser Phase zu Vorzugswerten, die den Prozess der Ausdifferenzierung von Funktionssystemen mit einem Versprechen auf Wohlstand, Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit und Frieden verknüpfen. Die Ernüchterung über ausbleibende Erfolge

globaler Konfliktbewältigung hat einer auf Glückserwartungen gebauten Semantik die Überzeugungskraft genommen.

3.2 Postmoderner Pazifismus

Auf diesen Umschlag der *Neuen Weltordnung* in eine beängstigende *Weltunordnung* reagieren Teile der einstigen Friedensbewegung mit der Konversion zu einem sogenannten *politischen* oder *realistischen* Pazifismus.¹⁵ Diese Richtung orientiert sich bei ihren Analysen nicht länger am Zweck-Mittel- oder am Theorie-Praxis-Schema, sondern bedient sich der Unterscheidung von Ordnung und Chaos. Auch das zu lösende Problem stellt sich jetzt anders dar, weder als überwindungsbedürftige Institution Krieg noch als konkurrierende Friedensmodelle. Weitaus Grundsätzlicheres erscheint nun alarmierend; es ist die Entdifferenzierung von Krieg und Frieden, von Kombattanten und Nichtkombattanten (Soldaten und Zivilisten), von Krieg und Verbrechen, von innerer und äußerer Sicherheit, von Innen- und Außenpolitik.¹⁶ Als ununterscheidbar werden auch privat und öffentlich, staatlich und nichtstaatlich, inoffiziell und offiziell, ökonomisch und politisch motivierte Faktoren beschrieben.¹⁷

Typologisch scheint diese Bewegung mit *politisch* oder *realistisch* jedoch nicht angemessen beschrieben, denn es wird zunächst der Kollaps kognitiver Schemata mit einer Wirklichkeit verwechselt, die angeblich ununterscheidbar geworden ist. Denkbar wäre aber auch, dass dieses Phänomen der Entdifferenzierung weniger an vermeintlich neuen Gewaltformen und neuen Kriegen läge, sondern eher mit der ausgereiften funktionalen Differenzierungsform zu tun hätte. Demgemäß zeigte sich jetzt, dass eine als Negation von Bedürfnissen verstandene Gewalt der bipolaren Systemkonkurrenz alternativer Projekte der Moderne bedurft hatte, um einen Begriff des Erstrebenswerten formen zu können: Freiheit und Gleichheit schienen nur als Negation der Fehlentscheidungen des gegnerischen Systems eindeutig. Sie verschwimmen im Einerlei der liberalisierten Weltgesellschaft mit ihrem Gegenteil.¹⁸

Nach dem Ende der Systemkonfrontation treten begriffliche Funktionen in den Vordergrund, die sich in Gestalt von *Idealen* (Freiheit, Gleichheit, Selbstverwirklichung, Emanzipation) und/oder von *Institutionen* (Demokratie, Rechtsstaat, Wohlfahrtsstaat, Markt) äußern können:¹⁹ Da es gegen die *auto-poietische* Selbstentfaltung der Funktionssysteme keine Widerstände mehr gibt, zeigt sich die konkurrenzlos gewordene Freiheit in ihrer evolutionären Funktion: Im Subtext verheißt die Freiheitssemantik frei zu werden von tradierten Zwängen, um für die grenzenlosen Verwertungsbedürfnisse der Funkti-

¹⁵ Siehe ausführlich Brücher (2008: 160ff.).

¹⁶ Zur Analyse siehe Erhard Eppler (2002: 59ff.), der von „privatisierter“ und „inoffizieller Gewalt“ spricht.

¹⁷ Siehe Mary Kaldor (2000: 9), die den Terminus „neue Kriege“ verwendet.

¹⁸ Dazu kommt es, weil islamistische Gesellschaftsprojekte fälschlicherweise nicht als modern, sondern als vormodern eingestuft werden. Dieser diskursbestimmende *Mainstream* ignoriert hartnäckig die Wurzeln des US-amerikanischen Liberalismus im protestantischen Fundamentalismus, weil sie sich nicht in den europäischen Aufklärungstext einfügen lassen. Zur Bedeutung des protestantischen Prämillenarismus für die Außenpolitik der USA siehe Hans G. Kippenberg (2007).

¹⁹ Den Konnex zwischen Idealen (kognitive und normative Erwartungen) und Institutionen (Konsensunterstellung) hat Luhmann (2008: 25ff.) herausgearbeitet.

¹³ Für den westlichen angelsächsisch dominierten Legitimitätsdiskurs ist der Regelutilitarismus und Kontraktualismus von John Rawls (1999) bestimmend. Dieser geht davon aus, dass Mittel, die gerechte Zwecke verwirklichen sollen, nicht ungerecht sein können.

¹⁴ Siehe ausführlich Brücher (2008: 31ff; 87ff.).

onssysteme zur Verfügung zu stehen. Ein Verwertungsimperativ, der nicht mehr auf unüberschreitbare Systemgrenzen eines planwirtschaftlich-hierarchischen Organisationstypus trifft, sondern sich ungehindert globalisieren kann, entwickelt expansionistische Tendenzen. Diese wiederum bedürften der militärischen Absicherung.

Soll sich die typologische Einordnung einer auf diese Probleme reagierenden Spielart des Pazifismus wieder nach ihrem spezifischen Problembewusstsein richten, so bietet sich der Begriff *postmoderner Pazifismus* an. Der Bruch mit einem Denken, das für die klassische Moderne charakteristisch ist, zeigt sich jetzt besonders an der Art der vorgeschlagenen Problemlösung. Einem durch Terrorismus und schwache Staaten drohenden globalen Chaos gilt es durch Interventionen vorzubeugen, die sich auf ein zur Weltpolizei erklärtes nationales Militär stützen. Faktisch bedeutete dies, das Problem fortschreitender Entdifferenzierungen durch eine weitere Entdifferenzierung von Soldaten und Polizisten lösen zu wollen.

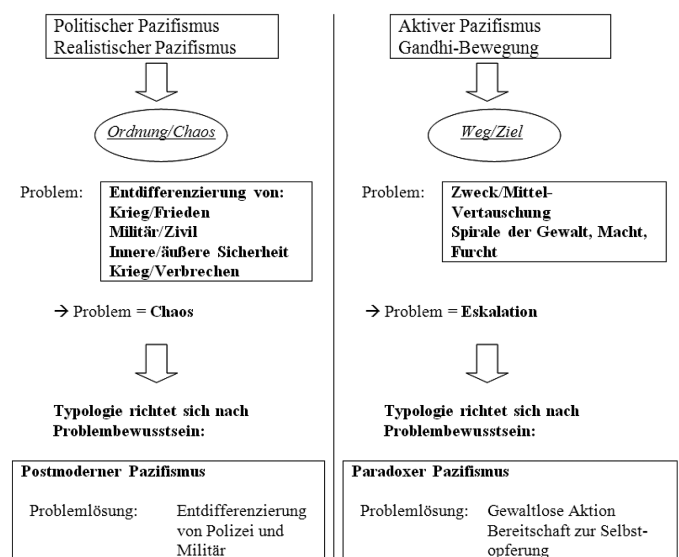
Ein bellizistischer von „Abenteuergeist und Gutmenschentum durchdrungener Diskurs“²⁰ knüpft an legitimatorische Denkmuster an, wie sie sich zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts Bahn gebrochen haben. Ebenso wie in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg grassieren Rhetoriken der Gewaltrechtfertigung, die sich wie damals auf ein durch terroristische Bedrohung erzwungenes Denken vom Ausnahmezustand her stützen.²¹ Die Wiederaufnahme von Tendenzen einer radikalen *Umwertung der Werte*, die als Nivellierung von Leitunterscheidungen in Erscheinung tritt, lässt an den seinerzeit entwickelten Gegenentwurf des *aktiven Pazifismus* und der Gandhi-Bewegung erinnern.²²

3.3 Paradoxe Pazifismus

Von den bisher behandelten Spielarten unterscheidet sich das *Non-Violence-Konzept* Mahatma K. Gandhis darin, dass es auf den Kollaps modernitätsspezifischer Leitunterscheidungen reagiert. Es wird folglich im Unterschied zum kriegsphilosophischen Pazifismus nicht nur die Sorge geäußert, dass ein mit Macht identifizierter Frieden das Proportionalitätsgebot missachte. Auch fehlt der friedensphilosophische Glaube an ideale Organisationsformen, in denen gerechte Zwecke die ethische Qualität der Mittel sichert. Erst recht aber wird nicht die Illusion genährt, Nivellierungsprozesse und Abbau von Legitimitätsschranken kämen dem Weltfrieden dann zugute, wenn die schrankenlose Macht für gute Zwecke eingesetzt würde. Vielmehr wird jetzt auf die *Paradoxie* und damit die Gewaltverstrickung jeglicher Friedensbemühungen hingewiesen, die auch dort nicht umgangen werden könne, wo das Handeln als Handlungssystem (Demokratie) verstanden werde. Was diese Richtung des Pazifismus problematisiert, ist der abendländische Rationalismus, der jegliches Handeln zum wertneutralen Mittel

der Verwirklichung eines partikularen und subjektiven Zweckes erklärt. Dass der Zweck die Mittel heiligt, gilt Gandhi nicht als Entgleisung, sondern als innere Logik dieses Denkens.

Eine alternative Praxis bedarf einer teleologischen Orientierungsfigur von Weg und Ziel, die beide Seiten der Unterscheidung ethisch bindet. Nur so lasse sich eine Eskalationsdynamik unterbinden, die Folge sich wechselseitig aufschaukelnder Gewalt und Gegengewalt, von Macht und Übermacht, von Drohung und Furcht sei.²³ Um auch bei dieser Richtung die typologische Einordnung wieder am Problembewusstsein auszurichten, bietet sich der Begriff des *paradoxen* oder auch des *paradoxiebewussten Pazifismus* an. Es handelt sich dabei um den konsequenten Gegenspieler zum postmodernen Pazi-Bellizismus, der seine paradoxen Verstrickungen vollends ignoriert und den abendländischen Rationalismus auf die Spitze treibt: Die globalen Probleme sollen durch mehr Gewalt (Normalisierung von Auslandseinsätzen), durch mehr Macht (Interventionen als Vorgriff auf ein Weltgewaltmonopol) und durch mehr Furcht (potenzierte Drohnenkriegführung und außergesetzliche Tötungen) gelöst werden. Die tabellarische Kontrastierung von postmodernem und paradoxem Pazifismus nimmt die gemeinsame Fixierung auf Entdifferenzierungsprozesse als typenübergreifende Gemeinsamkeit. Während jedoch das postmoderne Muster solche Prozesse für Gestaltungszwecke nutzen möchte, sieht paradoxiebewusstes Friedensdenken hierin die Kulmination eines zur Gewalteskalation neigenden abendländischen Rationalismus.



4. Fazit

Mit der Nivellierung moderner Leitunterscheidungen sind der Gesellschaft zentrale Kategorien der Beobachtung und

20 Zur Einschätzung siehe Michaela Wiegel, „Recht auf Einmischung“, (in: FAZ 22.03.2013, Nr.69/12 D2). Entschieden fordert gegenwärtig die französische Linke unter Bernard Henry Lévy ein „droit d'ingérance“, ein Recht auf Einmischung, das im Kontext einer Koalition der Willigen oder als nationaler Alleingang jeweils Rebellen stützt (Libyen, Syrien) oder bekämpft (Mali).

21 Siehe dazu Kurt Flasch (2003). Zu den postmodernen Tendenzen besonders der Zwischenkriegszeit siehe Brücher (2008: 154ff.).

22 Siehe Brücher (2008: 239ff.). Zum Versuch einer Wiederanknüpfung siehe Martin Arnold (2011).

23 Dass dieses paradoxiebewusste Denken nicht als Logik des religiösen Subsystems einem rationalistischen Denken von politischem und militärischem System gegenübergestellt werden kann, beweist die zentrale Bedeutung der „drei Wechselwirkungen zum Äußersten der Gewalt, der Macht und der Furcht“ bei Clausewitz, der in den Militärwissenschaften noch heute aktuell ist. Siehe dazu Brücher (2011: 126ff.). Im Umgang mit der Eskalationsproblematik liegen Gandhi und Clausewitz insofern auf derselben Linie, als sowohl die „Macht der Liebe“ (Gandhi) als auch der „Takt des Urteils“ (Clausewitz) als Praxiskonzepte die Funktion erfüllen, die zerstörerische Eigendynamik zu unterbrechen und die Initiative wiederzugewinnen.

Bewertung abhandengekommen. Das vermeintlich moderne Denken zeigt sich als bloße Übergangssemantik, die allenfalls Hoffnungen auf eine gute Zukunft wecken, aber nicht zum Ausdruck bringen lässt, welche friedensethischen Konturen einer voll entwickelten funktionalen Differenzierungsform gemäß sind. Wenn Aurelius Augustinus (354-430) mit einem als *Ruhe der Ordnung* verstandenen Frieden Konturen für die hierarchische Gesellschaft bis in die Zeit der Aufklärung hinein verbindlich festgelegt²⁴ und der *Rechtsfriede* Immanuel Kants (1724-1804) die Zeit des Übergangs von hierarchischer zu funktionaler Differenzierung skizziert hat,²⁵ so macht sich empfindlich bemerkbar, was heute fehlt: Es ist eine der funktional differenzierten Weltgesellschaft angemessene Friedensethik. Da sich die gesuchte Ethik auf einen mit (demokratischer) Macht identifizierten Frieden als zentraler Denkfigur der Übergangsperiode nicht mehr stützen kann, mag sich der Pazifismus als Vehikel einer basisdemokratischen Macht, als Friedensbewegung überlebt haben. Als eine alle Funktionssysteme bewegende Ethik könnte er hingegen entscheidende Anregungen für eine zeitgemäße und darin wirkmächtige Semantik bieten.

Literatur

- Augustinus, Aurelius (1997), Vom Gottesstaat (De civitate dei), Neuntes Buch, S. 426-462. München.
- Arnold, Martin (2011), Gütekraft – Gandhis Satyagraha. Overath.
- Becker, Johannes/Wulf, Herbert (Hg.) (2008), Zerstörter Irak – Zukunft des Irak? Der Krieg, die Vereinten Nationen und die Probleme eines Neubeginns, Berlin.
- Becker, Johannes/Wulf, Herbert (Hg.) (2010), Afghanistan: Ein Krieg in der Sackgasse, Berlin.
- Bittner, Rüdiger (2004), Humanitäre Interventionen sind unrecht, Georg Meggle (Hg.), Humanitäre Interventionsethik, Paderborn, S. 99-106.
- Brücher, Gertrud (2008), Pazifismus als Diskurs, Wiesbaden.
- Brücher, Gertrud (2011), Gewaltspiralen. Zur Theorie der Eskalation, Wiesbaden.
- Chwaszcza, Christine/Kersting, Wolfgang (Hg.) (1998), Politische Philosophie der Internationalen Beziehungen, Frankfurt/M.
- Downes, Alexander B. (2008), Targeting Civilians in War. Ithaca/London.
- Eppler, Erhard (2002), Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt? Die Privatisierung und Kommerzialisierung der Gewalt, Frankfurt/M.
- Flasch, Kurt (2003), Geistige Mobilmachung 1914 und heute, in: Georg Meggle, Terror & Der Krieg gegen ihn. Öffentliche Reflexionen, Paderborn, S. 91-105.
- Jaberg, Sabine (2011), Bundeswehrreform ohne Fundament, in: W&F (Wissenschaft und Frieden) 3/2011, 29. Jg. „Soldaten im Einsatz“, S. 9-11.
- Kaldor, Mary (2000), Neue und alte Kriege. Edition zweite Moderne, hg. von Ulrich Beck, Frankfurt/M.
- Kant, Immanuel (1968/1785), Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, Akademie-Ausgabe Kant Werke IV, Berlin.
- Kant, Immanuel (1979/1795), Zum ewigen Frieden, in: Zwi Batscha/Richard Saage (Hg.), Friedensutopien. Kant, Fichte, Schlegel, Görres, Frankfurt am Main 1979, S. 37-82.
- Kippenberg, Hans G. (2007), Außenpolitik auf heilgeschichtlichem Schauplatz. Die USA im Nahostkonflikt, in: Bernd U. Schipper/Georg Plasger (Hg.), Apokalypse und kein Ende? Göttingen, S. 273-295.
- Link, Jürgen (1999), Die Autopoiesis des Krieges, in: W&F (Wissenschaft und Frieden) 3/1999, 17. Jg., S. 7-12.
- Luhmann, Niklas (1997), Die Gesellschaft der Gesellschaft, Frankfurt/M.
- Luhmann, Niklas (2008), Normen in soziologischer Perspektive, in: (ders.) Die Moral der Gesellschaft, hg. von Detlef Horster, Frankfurt/M., S. 25-55.
- Müller, Olaf L. (2006), Chaos, Krieg und Kontrafakten. Ein erkenntnistheoretischer Versuch gegen die humanitären Kriege, in: Barbara. Bleisch/Jean-Daniel Strub (Hg.), Pazifismus, Ideengeschichte, Theorie und Praxis, Bern, Stuttgart, Wien. S. 223-264.
- Müller, Olaf L. (2007), Pazifismus mit offenen Augen, in: Jean-Daniel Strub/Stefan Grotefeld (Hg.), Der gerechte Friede zwischen Pazifismus und gerechtem Krieg. Paradigmen der Friedensethik im Diskurs, Stuttgart, S. 23-69.
- Rieger, Frank (2013), „Das Gesicht unserer Gegner von morgen. Wir stehen vor einem Wettrüsten für einen Krieg autonomer Roboter. Noch entscheiden Menschen und nicht Drohnen über Leben und Tod. Doch die Debatte darüber, was Maschinen können sollen, muss geführt werden, bevor der Fortschritt den letzten Rest Humanität kassiert.“, FAZ 08.02.2013, Nr. 33, S. 3 und 31-33.
- Seifert, C. Arne (2011), Abziehen, um zu bleiben, in: W&F (Wissenschaft & Frieden) 2/2011, 29. Jg., S. 41-42.

24 Seine Friedensontologie entwickelt Augustinus im XIX. Buch der *Civitate Dei*.

25 So besonders in „Zum ewigen Frieden“ von 1795.